

STEUERN

SPD-Fraktion will Steuerdumping stärker bekämpfen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag zur Bekämpfung von unfairem Steuerwettbewerb beschlossen. Es geht um neue Maßnahmen gegen unfairen Steuerwettbewerb innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Der Antrag (Drs. 19/233) ist am Mittwoch im Deutschen Bundestag debattiert worden.

Bei den Vorhaben stehen verschärfte Kriterien für unfairen Steuerwettbewerb, Mindeststeuersätze in der EU und stärkere nationale Abwehrrechte im Mittelpunkt.

Christine Lambrecht, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende: „Die bisherigen Maßnahmen gegen unfairen Steuerwettbewerb haben sich als unzureichend erwiesen.“

Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, appelliert: „Ohne die aktive Mithilfe von europäischen Staaten, wie den Niederlanden, Irland, Luxemburg oder Malta, gäbe es nicht die derzeit bestehenden Möglichkeiten zur Steuerflucht. Erforderlich ist deshalb ein gemeinschaftliches Vorgehen der Europäischen Union gegen die unfairen Praktiken dieser Steueroasen.“

Zum Hintergrund:

Erst jüngst haben die ‚Paradise Papers‘ enthüllt, dass sich Reiche und multinationale Unternehmen systematisch mit Hilfe von Briefkastenfirmen und Steueroasen ihrer Steuerpflicht entziehen. Viele dieser Steuerparadiese liegen nicht etwa in der Karibik, sondern direkt vor unserer Haustür. Die ‚Paradise Papers‘ haben ein Schlaglicht darauf geworfen, dass sich auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie die Niederlande, Irland, Luxemburg oder Malta an Steuerdumping beteiligen.

Die SPD-Fraktion fordert: Damit muss im Interesse der ehrlichen Steuerzahler hierzulande endlich Schluss sein. Steuerdumping durch einzelne Mitgliedstaaten darf nicht länger hingenommen werden. Wer die Vorteile eines gemeinsamen Markts genießt, darf keine Steuerpolitik zu Lasten der anderen Mitgliedsstaaten betreiben. Steuerdumping untergräbt das Vertrauen in die Gerechtigkeit des Steuersystems, entzieht dem Staat dringend benötigte Einnahmen und führt darüber hinaus zu Wettbewerbsverzerrungen.

Christine Lambrecht führt aus: „Wir wollen deshalb verschärfte internationale und europäische Kriterien für unfairen Steuerwettbewerb.“ Eine Nicht- oder Niedrigbesteuerung müsse künftig als unlauteres Steuerdumping gelten.

In der Europäischen Union müssen zudem laut Antrag Mindeststeuersätze bei der Körperschaftsteuer eingeführt werden. Die nationalen Abwehrrechte gegen unfairen Steuerwettbewerb müssen ausgebaut werden. Dazu gehört eine Quellensteuer und die Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs, sofern die entsprechenden Zahlungen im Empfängerland nicht oder nur niedrig besteuert werden.

Das Wichtigste zusammengefasst: Ein im Bundestag beratener Antrag der SPD-Fraktion fordert einen stärkeren Kampf gegen unfairen Steuerwettbewerb. Dabei stehen Mindeststeuersätze in der EU und stärkere nationale Abwehrrechte im Mittelpunkt.

Parlament verlängert Auslandsmandate der Bundeswehr

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag abschließend über die weitere Beteiligung deutscher Streitkräfte an insgesamt sieben Auslandseinsätzen beraten. Alle sieben Mandate sind um jeweils drei Monate verlängert worden und gegenüber den noch geltenden Mandatsbeschlüssen unverändert geblieben.

Das betrifft den jeweiligen Einsatzauftrag, das Einsatzgebiet, die rechtlichen Grundlagen der Einsätze, die Höchstzahl der Soldatinnen und Soldaten sowie die Fähigkeiten der einzusetzenden Streitkräfte.

Die Einsätze sind im Einzelnen:

Sea Guardian im Mittelmeerraum, das Mandat gegen die Terrororganisation IS, die Ausbildungsmission in Afghanistan, die Beteiligung an VN-Mission in Darfur und die Beteiligung an VN-Mission im Südsudan.

Weitere Informationen dazu gibt es hier:

<http://www.spdfraktion.de/themen/bundestag-diskutiert-auslandseinsaetze-bundeswehr>